



DANIEL LEDE ABAL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Daniel Lede Abal, MdL
Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An die Presse

Daniel Lede Abal, MdL
Integrationspolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Büro Landtag:
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Fon: 0711/2063-652
Fax: 0711/2063-14-652
daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

Büro Tübingen:
Am Lustnauer Tor 6
72074 Tübingen

Fon 07071/8895-123
Fax 07071/8895-131
ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

Pressemitteilung

20. September 2012

„Endlich Schluss mit der Bevormundung“

Daniel Lede Abal begrüßt Abschaffung der Essenspakete für Flüchtlinge in Tübingen und fordert Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Der Tübinger Landtagsabgeordnete Daniel Lede Abal begrüßt die Entscheidung des Landkreises Tübingen, die Leistungen an Asylbewerber künftig in bar auszuzahlen. Bisher wurden stattdessen Essenspakete ausgegeben. „Das Sachleistungsprinzip war ein Irrtum. Jetzt ist endlich Schluss mit der Bevormundung. Die Barauszahlung ermöglicht den Flüchtlingen deutlich mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Es ist gut, dass der Landkreis Tübingen die Chance zur Umstellung frühzeitig nutzt.“ Zudem seien die Essenspakete für die Kreise aufgrund des bürokratischen und logistischen Mehraufwands in der Regel teurer, so der integrationspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion weiter. „Die Abschaffung der Sachleistungen ist ein erster Schritt, den die Kreise seit einiger Zeit gehen können. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012 steht aber die Versorgung von Flüchtlingen vor ganz neuen Fragen. Wir brauchen jetzt kein neues Asylbewerberleistungsgesetz, sondern sollten die Flüchtlinge in die Sozialgesetzbücher II und XII aufnehmen.“ Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Asylbewerber weitgehend mit Sozialhilfeempfängern gleichgestellt hatte, sei ein Sondergesetz ohnehin unnötig geworden. „Das Asylbewerberleistungsgesetz braucht nur noch, wer Flüchtlinge schlechter stellen will. Genau das schließt das Bundesverfassungsgericht aber weitestgehend aus“, so Lede Abal. Eine Eingliederung in die normalen Sozialsysteme sei deshalb wünschenswert. Die Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz, die genau dies beabsichtigt,

begrüßt Lede Abal deshalb ausdrücklich und fordert: "Die Bundesregierung darf diese Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen, die soziale Versorgung von Flüchtlingen neu zu regeln." Zudem mahnt Lede Abal eine deutliche Verbesserung der Unterbringungs- und Betreuungssituation der Flüchtlinge an. „Es braucht nicht nur eine Anhebung der Quadratmeterzahl bei der Unterbringung, sondern unbedingt auch eine unabhängige Verfahrens- und Sozialberatung.“ Auch die Betreuung von traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen dürfe aus humanitären Gesichtspunkten nicht vernachlässigt werden. Das Land bereitet momentan ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz vor, das im kommenden Jahr in Kraft treten wird und die Unterbringungssituation von Flüchtlingen verbessern soll.